

Europawahl am 7. Juni 2009

Die Europawahl am 7. Juni ist eine Richtungsentscheidung, es geht um ein soziales Europa, für europaweite Mindestlöhne, wirksame Kontrolle der Finanzmärkte gegen zügellose Spekulation, für eine verantwortungsvolle Klima- und Verbraucherschutzpolitik. Das ist nur mit den Sozialdemokraten realisierbar.



Die rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger aus den 27 EU-Mitgliedsstaaten wählen ein neues Europäisches Parlament. Sie entscheiden über die politische Richtung für Europa und die Europäische Union. Das Europa-Parlament ist das größte multinationale Parlament der Welt. Insgesamt 784 Abgeordnete aus 27 Nationen vertreten rund 490 Millionen Bürgerinnen und Bürger. Es gibt 23 Amtssprachen. 99 Abgeordnete kommen aus Deutschland. In der Bundesrepublik werden 62,2 Millionen Wahlberechtigte an die Wahlurne gerufen.

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament (SPE) treten mit Martin Schulz aus Nordrhein-Westfalen, seit 2004 Fraktionsvorsitzender der SPE, als Spitzenkandidaten an. Für die SPD Schleswig-Holstein kandidiert Ulrike Rodust aus dem Landkreis Rendsburg-Eckernförde, seit 2008 für den verstorbenen Abgeordneten Willi Piecyk nachgerückt.

Die EU braucht ein starkes Parlament, das die Interessen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber Bürokraten und Kommissionen kraftvoller als bisher vertreten und durchsetzen kann. Dazu muss es "kraftvoll" von vielen gewählt werden, deshalb müssen viele Menschen am 7. Juni zur Wahl gehen.

Warum zur Europa-Wahl gehen?

Das Europäische Parlament hat bei uns noch immer mit Vorurteilen, Unkenntnis und Ängsten in der Bevölkerung zu kämpfen. Die Wahlbeteiligung bei der letzten Europawahl betrug gerade mal 44%. Das hat die Europa-Idee nicht verdient.

Nach Jahrhunderten kriegerischer Auseinandersetzungen überall in Europa erleben wir seit dem Ende des zweiten Weltkriegs eine Zeit des Friedens, des Wohlstands, der Meinungsfreiheit, grenzenlose Reisefreiheit, Verbraucherschutz und vergleichbare Sozialstandards.



Ulrike Rodust, MdEP, SPD-Kandidatin aus Schleswig-Holstein

Vor 65 Jahren standen sich deutsche und französische Soldaten unversöhnlich auf dem Schlachtfeld gegenüber, heute sind die ehemaligen Gegner zu politischen und wirtschaftlichen Partnern geworden, und wie die Verschwisterung Ammersbeks mit Montoir de Bretagne zeigt, sogar zu Freunden.

Der Euro, die gemeinsame Währung, bewahrt in der jetzigen Wirtschaftskrise vor Währungsspekulationen und stark schwankenden Wechselkursen.

Obwohl Entscheidungen im Europäischen Parlament längst unseren Alltag bestimmen, ist es vielen

nicht bewusst, welche Auswirkungen diese Politik auf das persönliche Leben hat.

Es ist immer einfach, auf die Politik, „die die da in Brüssel machen“ zu schimpfen und Vorurteile zu pflegen. So wird die „Regelungswut der Bürokraten“ angeprangert, aber dabei vergessen, dass die immer wieder gerne angeführte Festlegung des Krümmungsgrads von Gurken einer Forderung auch deutscher Gemüsehändler und der Verpackungsindustrie nach genormter Ware entsprach. So passen mehr Gurken in eine Standardkiste. Erst gemeinsame Standards haben es möglich gemacht, Handelshemmnisse und Binnengrenzen abzuschaffen. Wem hätte es genützt, wenn jeder Staat seine eigenen Normen beibehalten hätte?

Ein weiteres Vorurteil ist: „Brüssel mischt sich ständig in nationale Angelegenheiten ein.“ Doch die Kompetenzen der Europäischen Union und ihrer Institutionen sind durch die Verträge festgelegt, die von den Mitgliedsstaaten verhandelt und ratifiziert wurden.

„Deutschland zahlt drauf“, ist ein weiteres Argument von Europakritikern. Es stimmt, dass Deutschland so genannter Nettoszahler ist, ebenso wie Schweden, Dänemark, Finnland, Frankreich, Österreich, Italien, Großbritannien, Niederlande, Luxemburg und Belgien. Es ist aber zu bedenken, dass ein großer Teil der Gewinne durch die EU-Mitgliedschaft nicht in Zahlen gemessen werden kann.

Abgesehen vom Gedanken der Solidarität mit den ärmeren Mitgliedsstaaten und der daraus resultierenden Stabilität und Sicherheit unseres Kontinents ist gerade Deutschland als größte Exportnation der Hauptnutznießer des europäischen Binnenmarktes. Dadurch fließen

enorme, nicht quantifizierbare Finanzströme nach Deutschland.

Und: „In Brüssel herrscht ein riesiger Beamtenapparat, eine Megabürokratie, die viel redet und die keine Rücksicht auf regionale Belange nimmt.“ Sicherlich werden in Brüssel viele Entscheidungen mit Blick auf das ganze Europa getroffen, aber der Ausschuss der Regionen sorgt als beratendes Organ mit dafür, dass regionale Belange nicht aus den Augen verloren gehen.

Und natürlich die Abgeordneten, die über ihre Wahlkreise in den Mitgliedstaaten den direkten Draht zu den Interessen und Belangen vor Ort haben.

Deshalb ist es wichtig, am 7. Juni zur Wahl zu gehen. Nicht Gleichgültigkeit, sondern ein klares Mandat stärkt die Abgeordneten in ihren Bemühungen um gute Regelungen für Schleswig-Holstein. Europa fängt vor der eigenen Haustür an.

DREI FRAGEN AN

Martin Schulz

SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl



Ammersbeker: CDU/CSU behaupten, die SPD wolle in einem sozialen Europa die Sozialpolitik auf den kleinsten gemeinsamen Nenner harmonisieren. Was ist davon zu halten?

Martin Schulz: Nichts. Das ist politischer

Unfug. Richtig ist: Wir wollen eine soziale Ordnung für Europa. Unser Ziel ist dabei aber nicht, die im nationalen Rahmen bewährte Sozialstaatlichkeit durch einen europäischen Sozialstaat zu ersetzen, sondern sie durch europäische soziale Mindeststandards wirksam zu schützen. Was CDU/CSU und FDP noch nicht begriffen haben: Wir brauchen gemeinsame europäische Regeln und starke soziale Rechte, um Lohn- und Sozialdumping in Europa einen Riegel vorzuschieben und gemeinsam sozialen Fortschritt in Europa zu organisieren. Darum geht es.

Ammersbeker: Du bist nicht nur der SPD-Spitzenkandidat für die

Europawahl, sondern auch der SPD-Kandidat für den deutschen EU-Kommissar Was sind Deine Ziele?

Martin Schulz: Es ist wichtig, dass auch in der EU-Kommission sozialdemokratische Politik mit starker Stimme vertreten wird. Bisher wird die Kommission von Konservativen und Liberalen dominiert, die einseitig auf Marktfreiheit, Wettbewerb und Deregulierung setzen. Das muss sich ändern. Als deutscher EU-Kommissar werde ich dafür sorgen, dass die EU-Kommission soziale Gerechtigkeit und faire Regeln für die Märkte stärker in den Vordergrund rückt.

Ammersbeker: Warum soll man bei der Europawahl die SPD wählen? Die drei wichtigsten Gründe?

Martin Schulz: Starke neue Verkehrsregeln auf den Finanzmärkten in Europa und der Welt, faire Löhne und Mindestlöhne in ganz Europa und eine neue gemeinsame Politik Europas für Entspannung und Abrüstung – dies sind drei Ziele, die nur mit einer starken Sozialdemokratie und einer sozialdemokratischen Mehrheit im Europäischen Parlament durchgesetzt werden können. Deshalb mehr SPD für Europa.

Aus der Gemeinde: Straßenzustandsbericht

Die Straßen Ammersbeks befinden sich ganz überwiegend in einem guten bis genügenden Zustand. Gleichwohl besteht bei einigen Straßen ein Ausbesserungsbedarf oder sogar ein Bedarf für eine vollständige Sanierung. Aufgrund der permanenten angespannten Haushaltslage mussten Maßnahmen zurückgestellt werden.

Im letzten Jahr hat die Verwaltung eine schadensbezogene Prioritätenliste für Straßensanierungsmaßnahmen vorgelegt. Als mangelhaft wurde der Schäferdresch eingestuft, als schlecht der Joostredder, die Straße Rothwegen und der Wulfsdorfer Weg im vorderen Bereich. Das Prädikat ungenügend bekam der Eitzenredder. Darüber

hinaus wurde bei etlichen Straßen ein Sanierungsbedarf in Teilabschnitten festgestellt.

Als einzige größere Maßnahme ist ein Teil des Bramkampredder/Joostredder Ende 2008 umgesetzt worden. Aktuell in der Planung befinden sich – soweit es sich um Straßen handelt, die von Ammersbek finanziert werden müssen – keine weiteren Straßen.

Für die Ammersbeker SPD ist klar, dass zukünftig die Sanierung von solchen Straßen Vorrang hat, die vielen Anliegern zugute kommt. Das bedeutet, dass eine Renovierung oder ein Ausbau der Straße Rothwegen oder des Eitzenredders auf absehbare Zeit keine Chance hat.

Peter Weiß

Weitere Infos:

Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Ammersbek wird in wesentlichen Teilen geändert. Die bisherigen Bebauungsmöglichkeiten im Bereich nördlich der Beekloh, dem Erdbeerfeld, des Gebiets Wolkenberg und einer Fläche östlich der Straße Am Wolkenberg werden aufgehoben und es wird eine Ausweisung als Grünfläche oder als Fläche zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft erfolgen.

◆◆◆

Die Baugenehmigung für Lidl in der Ferdinand-Harten-Straße ist vom Kreis erteilt worden. Der nach der Eröffnung weiter zunehmende Verkehr wird für den Kreuzungsbereich Hamburger Straße/Ferdinand-Harten-Straße ein Problem sein.

◆◆◆

Der Riesen-Bärenklau, auch Herkules-Staude genannt, breitet sich auch in Ammersbek an einigen Straßenrändern und Bachläufen aus. Die Pflanze enthält Furocumarin, das bei Sonnenlicht erhebliche Hautverbrennungen verursacht. Wer Pflanzen findet, nicht anfassen, sondern umgehend die Gemeinde anrufen, damit sie vom Bauhof entfernt werden.

Impressum:

Verantwortl.: SPD Ammersbek, Bramkampredder 139, 22949 Ammersbek
Redaktion: Sigrid Kuhlwein, Rita Thönnies, Peter Weiß, Manfred Raeder
Druck: Druckerei Pockrandt, Bargteheide

Sanierung der Kreisstraße 55

Die Kreisstraße 55 Bünningstedter Feldweg im Ortsteil Schäferdresch soll zwischen der L 225 (der ehemaligen Bundesstraße 434) und der alten Abdeckerei in Richtung Delingsdorf saniert werden. Zuständig ist der Kreis Stormarn, der bereits vor über 20 Jahren die Maßnahme geplant hat.

- Die Baukosten einschließlich Grunderwerb belaufen sich auf ca. 1.280.000,-Euro.

Die Kosten werden vollständig vom Bund (800.000,-Euro) und vom Kreis getragen, allerdings aus rechtlichen Gründen nur, wenn die vorgeschriebenen Standards eingehalten werden.

Falls das nicht geschieht, fällt die Förderung weg. Das bedeutet, dass die von vielen Zuhörern der Informationsveranstaltung geforderten Einengungen nur dann realisiert werden könnten, wenn die drei Gemeinden Jersbek, Ammersbek und Delingsdorf die Kreisstraße als Gemeindestraße übernehmen. Ob eine Einigung möglich wäre, darf bezweifelt werden, weil Delingsdorf schon einmal nicht zugestimmt und auch Jersbek Ablehnung

signalisiert hat.

Es ist nicht davon auszugehen, dass zusätzlicher Verkehr stattfindet, nur weil die Fahrbahn saniert wird, denn an der Verkehrsführung ändert sich ja nichts. Neu ist, dass es dann einen sicheren Schulweg auf separatem Radweg geben wird.

fen. Bereits 2010 soll die Verbindung zwischen der B 75 und der jetzigen L225 als Teil der großen Umgehungsstraße fertig sein. Dann kann mit einer (Rück-)Verlagerung des Verkehrs von der Kreisstraße 55 auf die Alte Landstraße gerechnet werden. *Peter Weiß*

Weitere Kurzmeldungen:

Bei der nächsten Verkehrsschau der zuständigen Straßenbauverwaltung wird die Möglichkeit einer zusätzlichen Rechtsabbiegespur von der ehemaligen Bundesstraße in die Ferdinand-Harten-Straße geprüft. Platz dafür wäre vorhanden.



Der Tennisplatz am Volkendorfer Weg wird renoviert. Um den Platz, der bei Trockenheit betonhart und bei Nässe eine Schlammwüste ist, wieder beispielbar zu machen, wird eine Grundsanierung erfolgen. Kosten ca. 200.000,- Euro.

Die U-Bahnbrücke in Hoisbüttel wird im Laufes des Sommers renoviert. Die Arbeiten sollen im September abgeschlossen sein. Bis dahin müssen die Autofahrer mit Behinderungen rechnen, weil die Hamburger Straße noch zweimal für wenige Tage gesperrt werden muss. Die Umleitung erfolgt weiträumig: Die PKWs, die nach Hamburg wollen, über Ohlstedt und Bergstedt, LKWs müssen über Ahrensburg und die B75 ausweichen.

Nunmehr ist die Angelegenheit aufgrund des desolaten Zustands der Straße aktuell. Vertreter der Kreisverwaltung stellten die Planungen am 24.3.09 im Bürgerhaus in Timmerhorn etwa 130 interessierten Bürgern aus Timmerhorn, Ammersbek und auch Delingsdorf vor.

Die Gesamtlänge der Maßnahme beträgt etwa 820 m.

- Die vorhandene scharfe Kurve wird abgeflacht und die Einmündung übersichtlich gestaltet.

- Bau eines Radweges, Länge etwa 720 m. Der Radweg ist innerhalb der Bebauung mit Hochbord vorgesehen.

Im Bereich der Kurvenabflachung läuft der Radweg auf der

alten Fahrbahntrasse getrennt durch eine Grünfläche. Der Radweg ist asphaltiert und 2.00 bzw. 2.50 m breit.

- Die Fahrbahn erhält eine neue Asphalt-Decke. Die Fahrbahnbreite beträgt 5,50 bzw. 5,75 m.



Tatsache ist, dass der Bünningstedter Feldweg erst seit der Schließung der Straße Eckhorst in Bargtheide vom Durchgangsverkehr befahren wird. Die Vorbereitungen in Bargtheide für den Bau einer Umgehungsstraße lau-

Grundschule Hoisbüttel – ein Sanierungsfall

Die Brandverhütungsschau in den Kindertagesstätten Ende letzten Jahres hatte für die Kindertagesstätte Lottbek und den Ev.-luth. Kindergarten eine Reihe von Mängeln offenbart, die umgehendes Handeln erforderten.

So müssen neben den einfachen und schon erfolgten Maßnahmen wie Beschilderung der Fluchtwege auch bauliche Arbeiten durchgeführt werden.

Der fehlende zweite Rettungsweg für zwei Räume in Haus VI, der den Anbau einer Fluchttreppe notwendig macht sowie eine Alternative zu den offenen Garderoben, erfordern größere Investitionen. Eine Brandverhütungsschau für die Grundschulen steht noch aus, aber die bisherigen Erkenntnisse der Brandschutzingenieurin sind wahrscheinlich übertragbar. Allen ist klar: das wird teuer!

Unabhängig von der Brandschutzproblematik zeigt ein Gutachten der Investitionsbank Schleswig-Holstein einen erheblichen Sanierungsbedarf der Schule auf. Schlecht gedämmte Wände, alte Fenster, falsche Beleuchtung usw. führen zu hohen Energieverlusten im gesamten Gebäudekomplex, der zum Teil aus den 60er Jahren stammt.

Vor diesem Hintergrund sind sich Verwaltung und Gemeindevertretung einig, dass zunächst geprüft werden muss, wie die Erneuerung der Grundschule Hoisbüttel einschließlich der KiTas erfolgen könnte, bevor größere Summen investiert werden.



Dazu ist ein Architektenbüro beauftragt worden, das eine Planung erarbeiten soll, die die energetische Gebäudesanierung und die Brandschutzmaßnahmen für die Schule, die KiTas und die Sporthalle umfasst. Auch die Variante eines kompletten Neubaus soll zum Kostenvergleich dargestellt werden. Die Planentwürfe werden Ende Mai vorgestellt.

Kinder sind uns lieb - und kosten Geld

Was kostet eigentlich ein Kindergarten-, Hort- oder Krippenplatz und wer bezahlt wie viel in Ammersbek?

Die Eltern bezahlen für die Betreuung ihres Kindes in der Kita 1,25 € pro Stunde als Regelbeitrag. Die tatsächlichen Kosten für eine Stunde sind weitaus höher: sie betragen 3,34 €.

Bei einem sechsständigen Besuch täglich, an fünf Tagen in der Woche und 47 Wochen im Jahr kostet so ein Kindergarten- oder Hortplatz jährlich 4.700 €. Davon zahlen die Eltern 1.760 € (37,5%), der Kreis ca. 165 € (3,5%), das Land ca. 660 € (14,0%) und die Gemeinde ca. 2.115 € (45,0%).

Ein Krippenplatz ist teurer. Der Grund ist die Beschränkung der Gruppengröße auf 10 Kinder bei

zwei Erzieherinnen. So kostet ein Krippenplatz, wie in der KiTa Lottbek, für acht Stunden täglicher Betreuung 9.680 € im Jahr.

Davon finanzieren die Eltern 3.630 € (37,5%), der Kreis ca. 375 € (3,9%), das Land ca. 1.500 € (15,5%) und die Gemeinde ca. 4.175 € (43,1%).

Für Familien mit niedrigem Einkommen wird der Beitrag nach der Sozialstaffel ermäßigt. Die Ermäßigung für Geschwisterkinder gilt für alle Familien. Für das zweite Kind in einer Betreuungseinrichtung muss nur noch 30% des Beitrags gezahlt werden, das dritte und alle weiteren Kinder sind beitragsfrei. Das jüngste Kind gilt dabei immer als erstes Kind. Die Kosten für die Sozialstaffel- und der Geschwisterermäßigung übernimmt der

An dieser ersten Runde werden Verwaltung und Gemeindevertreter, Schulleitung, die Leitungen der KiTas und auf Wunsch der SPD-Fraktion jeweils ein Vertreter der Elternschaft teilnehmen.

Der Brandschutz kann jedoch nicht bis zur Umsetzung der gesamten Planung warten. Die zwischenzeitlich diskutierte Unterbringung von Kindergarten- oder Hortgruppen in Containern ist aber wieder vom Tisch. Die Kosten sind dafür zu hoch und die Standortfrage schwierig.

Deshalb ist zu begrüßen, dass in Abstimmung mit dem Kreis Stormarn eine Zwischenlösung erarbeitet werden konnte, die die Nutzung der bisherigen Räumlichkeiten ermöglicht.

Das Haus VI erhält eine provisorische Fluchttreppe, feuerfeste Garderoben werden errichtet, Türen und Zwischenwände entfernt und neue Fluchttüren eingebaut.

Das bedeutet für die KiTas natürlich Unannehmlichkeiten und eine Reihe von Einschränkungen, aber alle Betroffenen gehen gelassen mit der Situation um. Denn alle wissen: die Alternative wäre die Schließung von Gruppen gewesen.

Rita Thönnies

Kreis zusätzlich.

Ist einer oder sind mehrere Plätze in einer Gruppe nicht belegt, muss die Gemeinde die Kosten dafür übernehmen.

Für die Kinderbetreuung gibt Ammersbek jährlich über 900.000 € aus, fast soviel, wie die Gemeinde an Grundsteuer einnimmt.

Die Belastungen sind hoch, auch wenn die Elternbeiträge in Ammersbek im Vergleich mit anderen Gemeinden und Hamburg noch verhältnismäßig niedrig sind.

Ein Lichtblick für die Eltern ist das ab August geltende beitragsfreie letzte Kindergartenjahr, das auf Drängen der SPD-Landtagsfraktion als Einstieg in die völlige Beitragsfreiheit der KiTas im Landtag beschlossen wurde.

Rita Thönnies